

Inhalt

Vorwort	VII
Tabellen	XLVI
Abkürzungen	XLVII
Erster Teil Ausgangspositionen und Grundlagen	1
Erstes Kapitel Zur Ausländerbeschäftigung in Deutschland	1
§ 1 Die Ausländerbeschäftigung im Deutschen Reich	1
§ 2 Die Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland	2
A. Entwicklung, Herkunftsländer, Tätigkeit in den verschiedenen Wirtschaftszweigen und Ländern der BRD, Intensität der Wanderungsbewegung, Prognosen	2
B. Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Ausländerbeschäftigung in der BRD	10
§ 3 Die griechischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland	13
A. Entwicklung, Herkunftsgebiete, Altersstruktur, Familienstand, Tätigkeit in den verschiedenen Wirtschaftszweigen und Ländern der BRD, Intensität der Wanderungsbewegung (Verweildauer in der BRD und in den einzelnen Arbeitsverhältnissen)	13
B. Krankenstand, Häufigkeit von Betriebsunfällen, Wegeunfällen und Berufskrankheiten	21
Zweites Kapitel Zur allgemeinen Problematik der Sozialen Sicherheit ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland	24
§ 4 Spezielle Bedürfnis- und Problemlagen bei der Sozialen Sicherung ausländischer Arbeitnehmer (Überblick)	24
A. Massenhaftes Vorkommen von Leistungssachverhalten mit Auslandsberührung	24
I. Erkrankungen oder Unfälle während der Reise in die BRD oder in das Heimatland	24
II. Leistungsfälle während des Aufenthalts in der BRD	24
III. Leistungsfälle im Heimatland während der Zugehörigkeit zur deutschen Sozialversicherung	25
IV. Leistungsfälle nach der Rückkehr in das Heimatland und dem Ausscheiden aus der deutschen Sozialversicherung	25
B. Das Sprachenproblem	25
	XI

§ 5 Unzulänglichkeiten der derzeitigen gesetzlichen Regelung	26
A. Fehlen von Regelungen für ein massenhaftes Vorkommen von Sachverhalten mit Auslandsberührung	26
B. Das Territorialitäts- und das Personalitätsprinzip	27
I. In der gesetzlichen Krankenversicherung	28
1. Kein Versicherungsschutz der im Ausland angeworbenen Arbeitnehmer während der Anreise und der Heimreise	28
2. Spezielle Ruhensvorschriften für Ausländer und bei Reise in das Ausland nach Eintritt des Versicherungsfalles	29
3. Materiell nicht ausreichende Abfindungsregelung, wenn sich der Versicherte nach Eintritt des Versicherungsfalles mit Zustimmung der Krankenkasse ins Ausland begibt	29
4. Unzulängliche Regelung für Versicherungsfälle während einer Tätigkeit im Ausland; keine Regelung für Versicherungsfälle während des Heimaturlaubs im Ausland	30
5. Keine Leistungen für im Ausland lebende Familienangehörige	30
6. Ausnahmen von dem Grundsatz, daß das Sterbegeld auch beim Tod im Ausland gewährt wird	30
II. In der gesetzlichen Unfallversicherung	31
1. Spezielle Ruhensvorschriften für Ausländer	31
2. Abfindung, wenn sich der Versicherte nach Eintritt des Versicherungsfalles in das Ausland begibt, nur als Kann-Leistung	31
3. Lückenhafte Ausländer-Regelung bei dem Unfall-Sterbegeld und den Überführungskosten	32
III. In der Rentenversicherung	33
1. Spezielle Ruhensvorschriften für Ausländer	33
2. Unzulängliche Regelung für ausländische Rentenversicherte, die vor Eintritt des Versicherungsfalles ihren gewöhnlichen Aufenthalt in ihre Heimat verlegen	34
IV. In der Arbeitsförderung (Sicherung vor und bei Arbeitslosigkeit)	
1. Individuelle Förderung der beruflichen Bildung	34
a) Erschwerte Voraussetzungen für Ausländer bei der »Förderung der beruflichen Ausbildung«	34
b) Erschwerte Voraussetzungen für Ausländer bei der »Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung« ..	35
2. Erschwerte Voraussetzungen für Ausländer bei der »Förderung der Arbeitsaufnahme«	35
3. Erschwerte Voraussetzungen für Ausländer bei der »individuellen Förderung der beruflichen Rehabilitation«	35
4. Möglicher Ausschluß von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe an Ausländer	36
V. Einschränkende Bestimmungen für Ausländer bei der Gewährung von Kindergeld	36
VI. Nicht-Berücksichtigung der besonderen Lage der Ausländer bei der Gewährung von Wohngeld	37
VII. In der Sozialhilfe: Beschränkter Leistungskatalog für Ausländer	37
VIII. Keine speziellen Regelungen für das Sprachenproblem	38
IX. Rechtsschutz	38
X. Zusammenfassung	39

§ 6 Ausfüllung der Lücken des innerstaatlichen Rechts durch zwischenstaatliche Regelungsversuche und durch die Rechtsprechung	39
A. Bilaterale Abmachungen	39
I. Bilaterale Staatsverträge	40
1. Mit Italien	41
2. Mit Spanien	42
3. Mit Griechenland	42
4. Mit der Türkei	43
5. Mit Portugal	43
6. Mit Jugoslawien	43
7. Mit Marokko und Tunesien	44
II. Bilaterale Regierungsvereinbarungen	44
1. Mit Italien	44
2. Mit Spanien	44
3. Mit Griechenland	44
4. Mit der Türkei	45
5. Mit Portugal	45
6. Mit Jugoslawien	45
7. Mit Marokko	45
8. Mit Tunesien	45
B. Multilaterale Regelungen	46
C. Supranationale Regelungen	47
D. Der Beitrag der Rechtsprechung	49
Drittes Kapitel Der normative Rahmen der Sozialen Sicherheit der griechischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland	50
§ 7 Die deutschen Sozialgesetze	50
§ 8 Das griechische Recht der Sozialen Sicherheit	50
A. Rechtsquellen	50
B. Organisation der Sozialversicherung	55
C. Territorialitätsprinzip	57
D. Versicherungspflicht und freiwillige Weiterversicherung	57
E. Leistungen der Sozialversicherung	58
I. Krankenversicherung	58
1. Sachleistungen	58
2. Geldleistungen	61
II. Rentenversicherung	63
III. Unfallversicherung	67
IV. Maßnahmen zur Arbeitsförderung	68
1. Berufliche Bildung	68
2. Arbeitslosenversicherung	69
3. Wehrpflichtigenunterstützung	70
V. Familienbeihilfen	71
1. Das versicherungsrechtliche System	71
2. Familienbeihilfen als staatliche Sonderversorgung	72

VI. Bereitstellung von verbilligten Eigentumswohnungen an Arbeitnehmer	73
F. Aufbringung der Mittel	73
§ 9 Die Regelungen in zwischenstaatlichen Verträgen	74
A. Deutsch-griechische Sozialabkommen und Vereinbarungen	74
I. Die beiden Abkommen über Soziale Sicherheit nebst Zusatzvereinbarungen	74
1. Entstehungsgeschichte und Rechtsnatur der Verträge	74
a) Abkommen vom 25. 4. 1961 über Soziale Sicherheit nebst Zusatzvereinbarung vom 28. 3. 1962 über die Durchführung und Ergänzung des Abkommens vom 25. 4. 1961 sowie Änderungsabkommen vom 21. 3. 1967 und 20. 9. 1974	74
b) Abkommen vom 31. 5. 1961 über Arbeitslosenversicherung nebst Verwaltungsvereinbarungen vom 19. 10. 1962 und 23. 10. 1972 zum Abkommen vom 31. 5. 1961 über Arbeitslosenversicherung und zum dazugehörigen Schlußprotokoll. .	75
2. Persönlicher Geltungsbereich	76
a) Deutsch-griechisches Abkommen über Soziale Sicherheit ..	76
b) Deutsch-griechisches Abkommen über Arbeitslosenversicherung	78
c) Das Problem der sogenannten »hinkenden Ehen«	78
3. Sachlicher Geltungsbereich	81
a) Versicherungszweige der Bundesrepublik Deutschland	81
b) Versicherungszweige Griechenlands	82
c) Problematik der Einbeziehung neuer Versicherungszweige und neuer Personengruppen	83
4. Räumlicher Geltungsbereich	84
5. Zeitlicher Geltungsbereich (Rückwirkung, Geltungsdauer, Nachwirkung der Verträge im Falle ihrer Kündigung)	84
a) Rückwirkung	84
b) Geltungsdauer	84
c) Nachwirkung	85
6. Verhältnis der Abkommen zu Verträgen mit dritten Staaten und zum supranationalen Recht	85
7. Die leitenden Prinzipien	86
a) Gleichstellung der griechischen Staatsangehörigen mit den Deutschen	86
b) Gleichstellung der Hoheitsgebiete beider Vertragsstaaten in Bezug auf die Leistungen	88
c) Festhalten am Territorialitätsprinzip in Bezug auf die Versicherungspflicht	89
d) Berücksichtigung von Versicherungszeiten und sonstigen Tatbeständen im Bereich des anderen Staates	90
e) Gewährung der Renten nach dem pro-rata-temporis-Prinzip	91
II. Vereinbarung über die Anwerbung und Vermittlung von griechischen Arbeitnehmern nach der BRD	92
III. Vereinbarung über den Austausch von Gastarbeitnehmern	93
IV. Änderung und Ergänzung der Sozialabkommen und Vereinbarungen	93
B. Multilaterale Regelungen	94

Viertes Kapitel Der institutionelle Rahmen für die Durchführung der Sozialen Sicherung der griechischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland	98
§ 10 Die Versicherungsträger	98
A. Allgemeines	98
B. Die im einzelnen zuständigen Träger	98
I. In der Bundesrepublik Deutschland	99
II. In Griechenland	99
§ 11 Die Verbindungsstellen	100
A. Allgemeines	100
B. Die einzelnen Verbindungsstellen	100
I. In der Bundesrepublik Deutschland	100
II. In Griechenland	101
C. Die Aufgaben der Verbindungsstellen	101
I. Verbindung halten	101
II. Herstellung gemeinsamer Formblätter und Merkblätter	101
III. Erteilung von Auskünften, Mitwirkung bei der Zustellung von Bescheiden, Lösung gemeinsamer Probleme	102
IV. Abrechnungs- und Zahlungsverkehr	103
§ 12 Durchführungsausschüsse	103
§ 13 Die Kommissionen im Rahmen der deutsch-griechischen Vereinbarung vom 30. 3. 1960 über die Anwerbung und Vermittlung von griechischen Arbeitnehmern nach der Bundesrepublik Deutschland	103
A. Die Deutsche Kommission in Griechenland	103
B. Die Griechische Kommission in der BRD	104
§ 14 Ministerielle Streitbeilegung und Schiedsgericht	105
 Zweiter Teil Gestalt und Effizienz der Sozialen Sicherung der griechischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland (dargestellt nach den einzelnen Zweigen des Rechts der Sozialen Sicherheit)	 107
Erster Abschnitt Die gesetzliche Krankenversicherung	107
Erstes Kapitel Versicherungspflicht	107
§ 15 Der Grundsatz: Versicherungspflicht im Beschäftigungsland	107
§ 16 Ausnahmen von der Versicherungspflicht im Beschäftigungsland	107
A. Ausstrahlungs- und Einstrahlungsfälle	108
I. Entsandte Arbeitnehmer	108
II. Das Personal von Verkehrsunternehmen	108
B. Recht der Wahl zwischen deutschem und griechischem Sozialversicherungsrecht für Beschäftigte im griechischen öffentlichen Dienst und in persönlichen Diensten von Mitgliedern griechischer diplomatischer oder konsularischer Vertretungen	110

C. Die Anpassungsklausel für Einzelfälle in Art. 10 AbkSozSich....	110
D. Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften	111
§ 17 Krankenversicherung der Rentner und der Bezieher von Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld oder Übergangsgeld	111
A. Krankenversicherung der Rentner	111
B. Krankenversicherung der Bezieher von Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld, Übergangsgeld	112
Zweites Kapitel Der Krankenversicherungsschutz der griechischen Arbeitnehmer auf der Anreise und bis zur Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik Deutschland	113
§ 18 Die Sach- und Problemlage	113
§ 19 Nachwirkender Krankenversicherungsschutz der griechischen Sozialversicherung	113
A. Das Problem der einschlägigen Verweisungsnormen: Art. 12 Abs. 2 oder Art. 14 Abs. 1 AbkSozSich?.....	113
I. Die Verweisungsnorm in Art. 12 Abs. 2 AbkSozSich	114
II. Die Verweisungsnorm in Art. 14 Abs. 1 AbkSozSich	116
B. Durchführung der Leistungsgewährung	119
I. Sachleistungen	120
II. Geldleistungen	121
C. Die Ineffizienz des nachwirkenden Schutzes der griechischen Sozialversicherung	122
I. Der nachwirkende Schutz kommt nur einer Minderheit der nach Deutschland vermittelten Arbeitnehmer zugute	122
II. Der nachwirkende Schutz erstreckt sich nicht auf Erkrankungen in den Durchreiseländern	122
III. Mangelnde Information der vermittelten und anreisenden Arbeitnehmer	123
IV. Langwierigkeit des Rückfrageverfahrens von Deutschland nach Griechenland	123
§ 20 Das Einsetzen des Schutzes der deutschen Krankenversicherung	124
A. Verknüpfung des deutschen Krankenversicherungsschutzes mit dem Bestehen eines krankenversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses	124
I. Die Unterscheidung von Arbeitsvertrag und Beschäftigungsverhältnis	124
II. Wesentliche Elemente des Beschäftigungsverhältnisses	124
1. Das Beschäftigtsein	125
2. Die Entgeltlichkeit	126
B. Die neuere Rechtsprechung zur Frage des Beginns eines Beschäftigungsverhältnisses	127

C. Der mißglückte Arbeitsversuch	130
D. Die Ineffizienz des deutschen Krankenversicherungsschutzes	133
I. Einsetzen des Schutzes bestenfalls mit der Unterbringung durch den Arbeitgeber – Fehlen einer gefestigten Rechtsprechung hierzu	133
II. Schutzlosigkeit der vermittelten Arbeitnehmer auf der Anreise bis zur Eingliederung in den Betrieb des deutschen Arbeitgebers	134
§ 21 Der Versuch der Bundesanstalt für Arbeit zu einer teilweisen Über- brückung der Schutzlosigkeit im Verwaltungswege	134
§ 22 Möglichkeiten zur Lösung des Problems	136
A. Regelung im Wege eines Staatsvertrages	136
B. Lösung durch Weiterentwicklung der Rechtsprechung zum Beginn des Beschäftigungsverhältnisses	136
Drittes Kapitel Anspruchsberechtigung, Leistungen und Leistungsgewäh- rung nach dem Beginn der Mitgliedschaft in der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung	140
§ 23 Zur Anspruchsberechtigung	140
A. Allgemeines	140
B. Zusammenrechnung der Versicherungszeiten	140
§ 24 Die einzelnen Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland (Überblick)	143
A. Regelleistungen	143
I. Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten	144
II. Krankenhilfe	144
III. Mutterschaftshilfe	145
IV. Sterbegeld	146
V. Familienhilfe	148
B. Mehrleistungen	149
§ 25 Gewährung von Leistungen der deutschen gesetzlichen Krankenversi- cherung in Griechenland	149
A. Allgemeines	149
I. Der »aushelfende Träger« in Griechenland	149
II. Verfahren der Leistungsgewährung	150
III. Die Leistungen	151
1. Sachleistungen	151
a) Gewährung durch den griechischen Sozialversicherungsträ- ger	151
(1) Sachleistungen in natura	151
(2) Kostenerstattung	152
b) Erstattung in Griechenland entstandener Kosten ärztlicher Behandlung, Arznei usw. an die Versicherten durch die deutschen Krankenkassen	152

(1) Bei Bestehen eines Kostenerstattungsanspruchs gegen die IKA	152
(2) Bei Nichtbestehen eines Kostenerstattungsanspruchs gegen die IKA	153
2. Geldleistungen	155
IV. Ausschluß von Doppelleistungen	157
B. Typische Tatbestände der Leistungsgewährung in Griechenland – Verfahren und Problematik	157
I. Leistungsgewährung bei vorübergehendem Aufenthalt in Griechenland anlässlich eines Urlaubs u. ä.	157
1. Allgemeines	157
2. Sachleistungen	158
a) Die Anspruchsbescheinigung	158
(1) Allgemeines	158
(2) Problematik der zeitlichen Begrenzung der Anspruchsbescheinigung	158
(3) Problematik irrtümlicher oder sonst fehlerhafter Anspruchsbescheinigungen	160
b) Die Leistungsgewährung	161
3. Geldleistungen	162
a) Lohnfortzahlung und Krankengeld	162
(1) Lohnfortzahlung	162
(2) Krankengeld	165
b) Mutterschaftsgeld und Pauschbetrag	165
c) Sterbegeld	166
II. Leistungsgewährung an nach Griechenland entsandte Arbeitnehmer und an Beschäftigte von Verkehrsunternehmen usw. ..	166
1. Allgemeines	166
2. Unzulängliche Regelung des Verfahrens des Anspruchsnachweises	167
3. Unzulänglichkeiten, die aus der Gleichstellung dieser Gruppen mit der für Urlauber getroffenen Regelung resultieren	168
III. Leistungsgewährung bei gewöhnlichem Aufenthalt in Griechenland	169
1. In Griechenland wohnende Familienangehörige der in der BRD beschäftigten griechischen Arbeitnehmer	169
a) Sachleistungen	169
(1) Der Kreis der anspruchsberechtigten Familienangehörigen	169
(2) Nachweis der Anspruchsberechtigung	171
(3) Die Gewährung der Sachleistungen	173
b) Geldleistungen	174
2. In Griechenland wohnende Bezieher deutscher Renten und deren Familienangehörige: Trotz ständigen Aufenthalts in Griechenland gelten für sie nur die Regelungen für vorübergehend Anwesende	175
IV. Leistungsgewährung bei Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts nach Griechenland nach Eintritt des Versicherungsfalles in der BRD	176
1. Zustimmungsbedürftigkeit der Verlegung	176
2. Verfahren der Leistungsgewährung	176
a) Sachleistungen	176

b) Geldleistungen	177
3. Übernahme der Reisekosten bei Verlegung des Aufenthalts der Kranken von der BRD nach Griechenland?	178
C. Erstattung der Auslagen an den aushelfenden Träger in Griechen- land	181
I. Erstattung der Auslagen für Sachleistungen	182
1. Erstattung für jeden einzelnen Versicherungsfall	182
2. Pauschale Erstattung	182
II. Erstattung der Auslagen bei Geldleistungen	185
III. Fragen des Zahlungsverkehrs	185
§ 26 Leistungsgewährung in dritten Ländern (Durchreisländern)	186
A. Rechtslage bei »gewöhnlichem Aufenthalt« in dritten Ländern	186
B. Rechtslage bei »vorübergehendem Aufenthalt« in dritten Ländern	187
I. In Österreich	187
II. In Jugoslawien	189
III. In Italien	190
C. Mögliche Überwindung der bestehenden Unzulänglichkeiten	193
I. Verstärkte Information	193
II. Einführung einer einheitlichen Anspruchsbescheinigung (Sozial- versicherungspaß)	193
III. Spezielle Regelung durch ein multilaterales Abkommen	193
Viertes Kapitel Die Lage beim Ausscheiden aus der deutschen Kranken- versicherung und bei der Rückkehr nach Griechenland	195
§ 27 Überblick über die wichtigsten Tatbestände des Ausscheidens aus der deutschen Krankenversicherung	195
A. Bei pflichtversicherten Arbeitnehmern: Beendigung des versiche- rungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses	195
B. Bei Rentnern: Entzug der Rente	196
C. Bei Empfängern von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhalts- geld, Kurzarbeitergeld und Schlechtwettergeld: das Ende des Bezugs dieser Leistungen	196
§ 28 Möglicher Krankenversicherungsschutz bei weiterem Verbleiben in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Ausscheiden aus der ver- sicherungspflichtigen Beschäftigung	197
A. Nach den Vorschriften des deutschen Rechts	197
I. Leistungen aus nachwirkendem Versicherungsschutz der deut- schen gesetzlichen Krankenversicherung	197
II. Leistungen aus der Krankenversicherung der Rentner oder der Arbeitslosen	197
III. Leistungen aus freiwilliger Weiterversicherung bei der deutschen Krankenkasse	198

B. Möglicher subsidiärer Schutz nach den Vorschriften des griechischen Rechts (Rückgriff auf den nachwirkenden Versicherungsschutz der IKA im Rahmen der Art. 5 Abs. 1 und 14 Abs. 1 AbkSozSich)	198
§ 29 Krankenversicherungsschutz auf der Rückreise nach Griechenland	200
A. Der Schutz bis zum Verlassen des Gebiets der BRD	200
I. Leistungen nach den Vorschriften des deutschen Rechts	200
1. Leistungen der deutschen Krankenkassen	200
2. Leistungsgewährung zu Lasten der Bundesanstalt für Arbeit beim Fehlen der Voraussetzungen des § 214 Abs. 1 RVO	200
II. Möglicher subsidiärer Schutz nach den Vorschriften des griechischen Rechts	200
B. Unzulänglicher Schutz nach dem Verlassen der BRD während der Heimreise durch dritte Länder (Österreich, Jugoslawien, Italien) ..	200
I. Schutz während der Heimreise durch Österreich?	201
1. Leistungen nach den Vorschriften des deutschen Rechts	201
2. Keine Leistungen nach den Vorschriften des griechischen Rechts	201
II. Schutz während der Heimreise durch Jugoslawien?	202
1. Leistungen nach den Vorschriften des deutschen Rechts	202
2. Keine Leistungen nach den Vorschriften des griechischen Rechts	202
III. Schutz während der Heimreise durch Italien?	202
1. Leistungen nach den Vorschriften des deutschen Rechts	202
2. Keine Leistungen nach den Vorschriften des griechischen Rechts	205
§ 30 Probleme des Krankenversicherungsschutzes nach dem Eintreffen in Griechenland	205
A. Möglicher Schutz nach den Vorschriften des deutschen Rechts	205
I. Leistungen aus nachwirkendem Versicherungsschutz der deutschen Krankenkasse	205
II. Leistungen aus einer freiwilligen Weiterversicherung bei der deutschen Krankenkasse	206
III. Leistungen aus der deutschen Krankenversicherung der Rentner	207
B. Schutz nach den Vorschriften des griechischen Rechts	207
I. Möglicher Krankenversicherungsschutz nach dem Eintreffen in Griechenland, der nicht abhängig ist von der Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung	207
1. Leistungen aus nachwirkendem Versicherungsschutz der IKA	207
2. Leistungen aus freiwilliger Weiterversicherung bei der IKA	207
3. Leistungen aus der griechischen Krankenversicherung der Arbeitslosen	208
4. Leistungen aus der Krankenversicherung der Rentner	209
II. Krankenversicherungsschutz durch Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung in Griechenland	209
§ 31 Notwendige und mögliche Verbesserungen	210
A. Notwendigkeit einer klaren und sozialpolitisch angemessenen Regelung des nachwirkenden Versicherungsschutzes; Zwischenlösung: freiwillige Weiterversicherung der Heimkehrer bei der deutschen Krankenkasse	210

B. Abschluß multilateraler Sozialversicherungsabkommen zwischen der BRD, den Herkunftsländern der ausländischen Arbeitnehmer und allen Durchreiseländern zur Sicherstellung der prompten Leistungsgewährung an alle gegenüber einem Unterzeichnerstaat anspruchsberechtigten Personen; einheitliche Ausweispapiere, Sozialversicherungspaß	211
C. Intensivere und realistische Information der Heimkehrer	212
D. Beseitigung der unterschiedlichen Behandlung der arbeitslosen Heimkehrer in der griechischen Krankenversicherung der Arbeitslosen ..	212
Zweiter Abschnitt Die gesetzliche Unfallversicherung	213
Erstes Kapitel Versicherungspflicht und gedeckte Risiken	213
§ 32 Die nach deutschem Recht versicherungspflichtigen Personen und gedeckten Risiken	213
A. Schutz vor den mit dem Arbeitsverhältnis verknüpften Unfall- und Krankheitsrisiken: Arbeitsunfall, Wegeunfall, Berufskrankheit	213
B. Schutz vor außerhalb des Arbeitsverhältnisses liegenden Risiken....	214
§ 33 Das Prinzip der Versicherungspflicht im Beschäftigungsland	215
§ 34 Ausnahmen von der Versicherungspflicht im Beschäftigungsland	215
A. Ausstrahlungs- und Einstrahlungsfälle	215
I. Entsandte Arbeitnehmer	215
II. Das Personal von Verkehrsunternehmen	215
B. Recht der Wahl zwischen deutschem und griechischem Unfallversicherungsrecht für Beschäftigte im griechischen öffentlichen Dienst und in persönlichen Diensten von Mitgliedern griechischer diplomatischer oder konsularischer Vertretungen	216
C. Die Anpassungsklausel für Einzelfälle in Art. 10 AbkSozSich	216
D. Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften	216
Zweites Kapitel Der Unfallversicherungsschutz der griechischen Arbeitnehmer während der Anreise und bis zur Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik Deutschland	218
§ 35 Einbeziehung in die deutsche gesetzliche Unfallversicherung	218
A. Behandlung der Anreiseunfälle als Wegeunfälle i. S. des § 550 RVO	218
B. Abgrenzung der versicherten Risiken der betriebsbedingten Reise von den nicht versicherten Risiken des sogenannten eigenwirtschaftlichen Bereichs	221
C. Kein Unfallversicherungsschutz auf dem Wege zur Ausländerpolizeibehörde	222
§ 36 Durchführung der Leistungsgewährung bei Anreiseunfällen	222

Drittes Kapitel Anspruchsberechtigung, Leistungen und Leistungsgewährung in der deutschen gesetzlichen Unfallversicherung	223
§ 37 Zur Anspruchsberechtigung	223
A. Allgemeines	223
B. Berücksichtigung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, die ein Versicherter früher in Griechenland erlitten hat	223
C. Sonderregelung für Berufskrankheiten, die durch gesundheitsgefährdende Tätigkeiten in beiden Vertragsstaaten verursacht sein können	223
§ 38 Die einzelnen Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung der Bundesrepublik Deutschland	225
A. Unfallverhütung und Erste Hilfe	225
B. Leistungen nach Eintritt des Arbeitsunfalls	227
I. Heilbehandlung	227
II. Übergangsgeld	228
III. Besondere Unterstützung	228
IV. Wiederherstellung und Erneuerung von Körperersatzstücken	228
V. Berufsfördernde Leistungen zur Rehabilitation (Berufshilfe) und Geldleistungen während der Berufshilfe	229
VI. Ergänzende Leistungen zur Heilbehandlung und Berufshilfe ..	229
VII. Verletztenrente	230
1. Allgemeines	230
2. Höhe der Verletztenrente	230
3. Probleme der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes – Berücksichtigung von Einkommen in Griechenland?	230
4. Beginn der Verletztenrente	237
5. Schwerverletztzulage	237
6. Kinderzulage	238
VIII. Sterbegeld und Überführungskosten	240
IX. Renten an Hinterbliebene, Überbrückungshilfe, Beihilfen	240
X. Abfindung	242
§ 39 Leistungsgewährung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland	242
A. Verfahren und Zuständigkeiten	242
B. Benachrichtigung der Vertretung des Heimatlandes	243
§ 40 Gewährung von Leistungen der deutschen gesetzlichen Unfallversicherung in Griechenland	244
A. Allgemeines	244
I. Typische Tatbestände	244
II. Die Zuordnungsfrage: In welchen Fällen ist die gesetzliche Krankenversicherung und in welchen Fällen die gesetzliche Unfallversicherung der BRD für die Gewährung von Leistungen in Griechenland zuständig?	244
1. Das Problem	244

2. Die Regelung der Deutschen Verbindungsstellen für die Krankenversicherung und für die Unfallversicherung	244
a) Der Behandlung in Griechenland ist eine Behandlung in der BRD vorausgegangen	245
b) Der Behandlung in Griechenland ist keine Behandlung in der BRD vorausgegangen	245
III. Der aushelfende Träger	246
IV. Die Leistungen	246
1. Sachleistungen	246
a) Das anzuwendende Recht	246
b) Grundsätzlich Leistungsgewährung in natura, ausnahmsweise Kostenerstattung	247
2. Geldleistungen	248
a) Das anzuwendende Recht	248
b) Der für die Auszahlung zuständige Träger	248
c) Der Antrag auf Gewährung von Barleistungen	249
d) Der Auszahlungsvorgang	250
e) Lebensbescheinigungen	250
f) Kapitalabfindung	251
V. Ausschluß von Doppelleistungen?	253
1. Keine generelle Verbotsklausel; ausdrückliche Regelung nur für Leistungen bei Berufskrankheiten	253
2. Weitere Fälle	253
B. Die Regelung der typischen Leistungssachverhalte	255
I. Leistungen bei Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts nach Eintritt des Versicherungsfalles von der BRD nach Griechenland	255
II. Leistungen der deutschen gesetzlichen Unfallversicherung für Versicherungsfälle, die in Griechenland eintreten	257
1. Die durch die deutsche gesetzliche Unfallversicherung gedeckten Risiken	257
a) Die in Art. 7 AbkSozSich geregelten Fälle	257
b) Unfälle, die sich bei Familienheimfahrten griechischer Arbeitnehmer in Griechenland ereignen	257
2. Erstattung der Unfallanzeige	258
3. Nachweis der Anspruchsberechtigung	259
III. Leistungen wegen eines früher in der BRD erlittenen Arbeitsunfalls (oder einer Berufskrankheit)	260
IV. Gewährung von Geldleistungen an Hinterbliebene	261
C. Erstattung der Auslagen an den aushelfenden Träger	261
I. Die leitenden Prinzipien	261
II. Bislang keine Pauschalierung	262
III. Das Erstattungsverfahren	262
§ 41 Leistungsgewährung in dritten Ländern (Durchreiseländern)	263
A. Rechtslage bei »gewöhnlichem Aufenthalt« in dritten Ländern	263
B. Rechtslage bei »vorübergehendem Aufenthalt« in dritten Ländern	264
I. In Österreich und in Jugoslawien	264
II. In Italien	266

Viertes Kapitel Die Lage beim Ausscheiden aus der deutschen Unfallversicherung	269
§ 42 Der Tatbestand des Ausscheidens	269
§ 43 Möglichkeiten nach dem Ausscheiden	269
Dritter Abschnitt Die gesetzliche Rentenversicherung (Rentenversicherung der Arbeiter, Rentenversicherung der Angestellten, Knappschaftliche Rentenversicherung)	272
Erstes Kapitel Versicherungspflicht, freiwillige Versicherung und Höherversicherung in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung	272
§ 44 Versicherungspflicht	272
A. Der Kreis der nach deutschem Recht versicherungspflichtigen Personen	272
B. Das Prinzip der Versicherungspflicht im Beschäftigungsland	273
C. Ausnahmen von dem Grundsatz der Versicherungspflicht im Beschäftigungsland	273
I. Ausstrahlungs- und Einstrahlungsfälle	273
1. Entsandte Arbeitnehmer	273
2. Das Personal von Verkehrsunternehmen	273
II. Recht der Wahl zwischen deutschem und griechischem Rentenversicherungsrecht für Beschäftigte im griechischen öffentlichen Dienst und in persönlichen Diensten von Mitgliedern griechischer diplomatischer oder konsularischer Vertretungen	273
III. Die Anpassungsklausel für Einzelfälle in Art. 10 AbkSozSich	273
IV. Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften ..	273
§ 45 Freiwillige Versicherung	274
A. Während des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts in der BRD	274
B. Bei Rückkehr nach Griechenland	275
I. Fortführung einer in der BRD begründeten freiwilligen Versicherung bei Wohnsitz- bzw. Aufenthaltsverlegung nach Griechenland	275
II. Begründung einer freiwilligen Weiterversicherung von Griechenland aus im Anschluß an die Pflichtversicherung in der BRD	276
III. Kritik	277
§ 46 Freiwillige Höherversicherung	279
Zweites Kapitel Der Rentenversicherungsschutz der griechischen Arbeitnehmer während der Anreise und bis zur Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik Deutschland	280
§ 47 Zur Frage der Nachwirkung des griechischen und des Beginns des deutschen Rentenversicherungsschutzes	280

A. Zur Nachwirkung des griechischen Rentenversicherungsschutzes	280
B. Zur Frage des Einsetzens des deutschen Rentenversicherungsschutzes	280
C. Zur praktischen Bedeutung des Problems	281

Drittes Kapitel Anspruchsberechtigung, Leistungen und Leistungsgewährung, wenn ein griechischer Staatsangehöriger Versicherungszeiten nur in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung zurückgelegt hat	282
--	------------

§ 48 Rechtslage beim Aufenthalt des Anspruchsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland	282
---	-----

A. Zur Anspruchsberechtigung	282
--	-----

B. Die Leistungen der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung (Überblick)	282
---	-----

I. Die Regelleistungen	283
----------------------------------	-----

1. Medizinische, berufsfördernde und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation	283
---	-----

a) Allgemeines	283
--------------------------	-----

b) Die Leistungen im einzelnen	283
--	-----

(1) Medizinische Leistungen zur Rehabilitation	283
--	-----

(2) Berufsfördernde Leistungen zur Rehabilitation	283
---	-----

(3) Ergänzende Leistungen	284
-------------------------------------	-----

c) Voraussetzungen und Durchführung der Maßnahmen	284
---	-----

d) Besondere Regelung für Maßnahmen im Falle der Tuberkulose	285
--	-----

2. Renten	286
---------------------	-----

a) Renten an die Versicherten	286
---	-----

(1) Rentenarten und Voraussetzungen	286
---	-----

(a) Rente bzw. Knappschaftsrente wegen Berufsunfähigkeit	286
--	-----

(b) Rente bzw. Knappschaftsrente wegen Erwerbsunfähigkeit	287
---	-----

(c) Bergmannsrente (nur in der Knappschaftlichen Rentenversicherung)	287
--	-----

(d) Altersruhegeld bzw. Knappschaftsruhegeld	288
--	-----

(2) Zum Begriff der Versicherungszeiten, Beitragszeiten, Ersatzzeiten, Ausfallzeiten, Zurechnungszeiten	288
---	-----

(3) Zusammensetzung und Berechnung der Renten	289
---	-----

(a) Hauptteil der Rente	289
-----------------------------------	-----

(b) Rente aus einer Höherversicherung	291
---	-----

(c) Kinderzuschuß	291
-----------------------------	-----

b) Renten an Hinterbliebene	292
---------------------------------------	-----

(1) Rentenarten und Voraussetzungen	292
---	-----

(a) Witwenrente	292
---------------------------	-----

(b) Witwerrente	292
---------------------------	-----

(c) Renten an frühere Ehegatten	292
---	-----

(d) Waisenrente	293
---------------------------	-----

(2) Zusammensetzung und Berechnung der Renten	293
---	-----

(a) Witwenrente, Witwerrente und Renten an frühere Ehegatten	293
--	-----

(b) Waisenrente	294
---------------------------	-----

(c) Höchstbetrag der Hinterbliebenenrenten	294
--	-----

c) Anpassung der Renten an die wirtschaftliche Entwicklung	294
d) Renten auf Zeit	294
e) Beginn der Renten	295
f) Zahlung der Renten	295
g) Ausschluß oder Versagung der Renten	295
h) Entziehung oder Umwandlung der Renten	296
i) Wegfall und Wiederaufleben der Renten	296
j) Zusammentreffen mit anderen Renten und Ruhen von Renten	297
(1) Zusammentreffen mit einer Verletztenrente aus der Unfallversicherung	297
(2) Zusammentreffen mit einer Unfall-Hinterbliebenenrente	297
(3) Zusammentreffen einer eigenen Rente mit einer Hinterbliebenenrente bzw. von mehreren Waisenrenten	297
3. Krankenversicherungsschutz der Rentner	298
4. Abfindungen an Empfänger von Witwen-, Witwer- und Geschiedenenrenten im Falle der Wiederverheiratung	298
5. Beiträgerstattungen	298
II. »Zusätzliche« Leistungen (Mehrleistungen)	299
§ 49 Leistungen beim Aufenthalt des Anspruchsberechtigten in Griechenland	300
A. Allgemeines	300
B. Leistungen der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung, die beim Aufenthalt des Anspruchsberechtigten in Griechenland gewährt werden	301
I. Renten	301
1. Die Anspruchsgrundlage für die Leistungen deutscher Renten nach Griechenland	301
a) Gleichstellung der Staatsangehörigen	301
b) Gleichstellung der Hoheitsgebiete	302
2. Die technische Durchführung der Zahlung deutscher Renten in Griechenland	302
a) Stellung des Rentenanspruchs	302
b) Zahlung der Rente	303
II. Krankenversicherung der Rentner	303
1. Die Anspruchsgrundlage	303
2. Durchführung	304
III. Abfindungen an Bezieher von Witwen-, Witwer- und Geschiedenenrenten im Falle der Wiederverheiratung	304
1. Die Anspruchsgrundlage	304
2. Zahlung der Abfindung	309
IV. Beiträgerstattungen	309
1. Die Voraussetzungen für die Erstattung von Beiträgen an Berechtigte in Griechenland	309
a) Keine Ausübung einer versicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit während der ersten zwei Jahre nach dem Wegfallen der Versicherungspflicht	309
b) Kein Recht zur freiwilligen Versicherung nach dem Entfallen der Versicherungspflicht	310

2. Die Durchführung der Beitragerstattung an Berechtigte in Griechenland	313
C. Leistungen der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung, deren Gewährung beim Aufenthalt des Berechtigten in Griechenland z. Zt. noch abgelehnt wird	313
I. Medizinische, berufsfördernde und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation (ausgenommen: Tuberkulosefälle)	313
1. Mögliche Sachverhalte	313
2. Die ablehnende Haltung der deutschen Rentenversicherungsträger	314
3. Kritik	314
II. Maßnahmen im Falle einer behandlungsbedürftigen Tuberkulose	316
1. Mögliche Sachverhalte	316
2. Die ablehnende Haltung der deutschen Rentenversicherungsträger und des Bundessozialgerichts	316
3. Kritik	318
III. »Zusätzliche« Leistungen	319
IV. Schlußfolgerungen	320
§ 50 Rechtslage beim Aufenthalt des Anspruchsberechtigten in einem dritten Land	320
A. Allgemeines	320
B. Zu den einzelnen Leistungen	321
I. Renten	321
II. Krankenversicherung der Rentner	321
III. Abfindung für Renten an Witwen, Witwer und Geschiedene ..	321
IV. Beitragerstattungen	321
V. Medizinische, berufsfördernde und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation und »zusätzliche« Leistungen	321
Viertes Kapitel Leistungen an griechische Staatsangehörige, die Versicherungszeiten in der deutschen und in der griechischen gesetzlichen Rentenversicherung zurückgelegt haben	323
§ 51 Berechnung und Aufteilung der Renten unter den Rentenversicherungsträgern der Vertragsstaaten	323
A. Der Grundsatz der Zusammenrechnung der Versicherungszeiten und der Aufteilung der Rentenlast	323
I. Allgemeines	323
II. Die Zusammenrechnung der beiderseitigen Versicherungszeiten und ihre Problematik	323
1. Der Grundsatz	323
2. Die zu berücksichtigenden Versicherungszeiten	324
a) Beitragszeiten und diesen gleichgestellte Zeiten	324
b) Berücksichtigung von Beitragszeiten im Bergbau	325
c) Berücksichtigung von Versicherungszeiten aus einer selbständigen Tätigkeit oder einer landwirtschaftlichen Beschäftigung in Griechenland?	327

(1) Das Problem	327
(2) Rechtslage und Verwaltungspraxis in der Frage der Gleichstellung der Versicherungszeiten aus selbständiger und unselbständiger Beschäftigung	327
(a) Die Rechtslage	327
(b) Praxis der Versicherungsträger und Kritik dieser Praxis	328
(3) Besondere rechtliche Problematik und Härten im Falle der Versicherung in der griechischen Landwirtschaftlichen Sozialversicherung	329
d) Regelung der Zusammenrechnung beim Zusammentreffen von Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten	330
e) Umrechnung von griechischen und deutschen Versicherungszeiten	331
III. Berücksichtigung von Versicherungszeiten aus dritten Staaten bei der Erfüllung der Wartezeit	331
IV. Die Aufteilung der Rentenlast	334
1. Ermittlung der »Bemessungsrente«	334
a) Allgemeines	334
b) Die bei der Ermittlung der Bemessungsrente anrechnungsfähigen Versicherungszeiten	334
(1) Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten	334
(2) Entgelt und Beiträge bei der Berechnung der Bemessungsrente	335
(3) Besondere Vorschriften für die Berechnung der Bemessungsrente durch die deutschen Träger	336
c) Anwendung der Vorschriften über das Kürzen und das Ruhen der Renten	336
2. Festsetzung des von dem zuständigen Träger des einen und (oder) des anderen Vertragsstaates zu gewährenden Rententeiles	337
a) Die pro-rata-temporis-Regel	337
b) Keine Rentengewährung bei einer Versicherungszeit von weniger als 12 Monaten	338
B. Typische Tatbestände und ihre Regelung	340
I. Tatbestand 1: In keinem Vertragsstaat werden die Wartezeiten erfüllt, und zwar auch nicht bei Zusammenrechnung der Versicherungszeiten	341
II. Tatbestand 2: Bei Zusammenrechnung der Versicherungszeiten wird die Wartezeit in einem Vertragsstaat erfüllt	341
und	
Tatbestand 3: Bei Zusammenrechnung der Versicherungszeiten werden in beiden Vertragsstaaten die dort vorgeschriebenen Wartezeiten erfüllt	341
III. Tatbestand 4: Die in einem Staat zurückgelegte Versicherungszeit erfüllt in diesem Staat (auch ohne Zusammenrechnung) die Wartezeit – im anderen Staat ist die Wartezeit selbst bei Zusammenrechnung nicht erfüllt	342

IV. Tatbestand 5: Die in einem Staat zurückgelegte Versicherungszeit erfüllt in diesem Staat (auch ohne Zusammenrechnung) die Wartezeit – im anderen Staat ist die Wartezeit (bei Zusammenrechnung) erfüllt	342
V. Tatbestand 6: Der Versicherte erfüllt (auch ohne Zusammenrechnung der Versicherungszeiten) in beiden Vertragsstaaten die Voraussetzungen für den Rentenanspruch	343
§ 52 Rentenverfahren, Zahlung der Renten	345
A. Rentenverfahren	345
I. Der für die Entgegennahme des Rentenanspruchs zuständige Träger	345
II. Die Bearbeitung der Rentenanträge, Rentenbescheid	345
B. Vorschüsse auf die Renten, Auszahlung der Renten	346
I. Vorschüsse während des Feststellungsverfahrens	346
II. Auszahlung der Renten	347
§ 53 Krankenversicherung der Rentner	348
§ 54 Abfindungen für Renten an Witwen, Witwer und frühere Ehegatten durch die deutsche gesetzliche Rentenversicherung	349
§ 55 Beitragserrstattungen von seiten der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung	349
§ 56 Medizinische, berufsfördernde und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation, Tuberkulosehilfe und »zusätzliche« Leistungen der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung	349
Vierter Abschnitt Die Arbeitsförderung (Schutz vor und bei Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenversicherung)	351
Erstes Kapitel Versicherungspflicht (Beitragspflicht)	351
§ 57 Der Grundsatz: Versicherungspflicht (Beitragspflicht) im Beschäftigungsland	351
§ 58 Ausnahmen von dem Grundsatz der Versicherungspflicht im Beschäftigungsland	351
A. Ausstrahlungs- und Einstrahlungsfälle	352
I. Entsandte Arbeitnehmer	352
II. Das Personal von Verkehrsunternehmen	352
B. Recht der Wahl zwischen deutschem und griechischem Arbeitslosenversicherungsrecht für Beschäftigte im griechischen öffentlichen Dienst und in persönlichen Diensten von Mitgliedern griechischer diplomatischer oder konsularischer Vertretungen	352
C. Die Anpassungsklausel für Einzelfälle in Art. 6 Abs. 3 AbkArbVers	352
D. Bescheinigung bzw. Mitteilung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften	352

Zweites Kapitel Leistungen während der Anreise und bis zur Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik Deutschland	354
§ 59 Leistungen während der Anreise	354
A. Betreuung der Gruppenreisen und der Sammeltransporte von den Heimatländern in die Bundesrepublik Deutschland	354
B. Leistungen bei Erkrankungen während der Anreise	354
C. Keine Gewährung von Leistungen, die den Aufenthalt oder die Arbeitsleistung in der BRD oder (zusätzlich) den Tatbestand der Arbeitslosigkeit voraussetzen	355
§ 60 Leistungen in der Zeit nach Beendigung der Anreise bis zur Arbeitsaufnahme	355
A. Keine Leistungen im Krankheitsfalle	355
B. Anspruch auf Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz?	355
Drittes Kapitel Anspruchsberechtigung und Leistungen beim Aufenthalt des griechischen Arbeitnehmers in der Bundesrepublik Deutschland	357
§ 61 Zur Anspruchsberechtigung	357
A. Allgemeines	357
B. Berücksichtigung der in Griechenland zurückgelegten Versicherungszeiten	358
C. Berücksichtigung von leistungsmindernden oder -ausschließenden Tatbeständen, die in Griechenland gesetzt worden sind	358
D. Bescheinigung über Versicherungszeiten und anspruchserhebliche Tatbestände	359
§ 62 Leistungen, auf welche griechische Staatsangehörige in gleicher Weise wie die Deutschen Anspruch haben	359
A. Kurzarbeitergeld	360
I. Anspruchsvoraussetzungen	360
II. Leistungsdauer	360
III. Höhe des Kurzarbeitergeldes	360
IV. Verfahren der Leistungsgewährung	361
1. Anzeige des Arbeitgebers oder des Betriebsrats	361
2. Leistungsgewährung auf Antrag des von der Kurzarbeit betroffenen Arbeitgebers oder des Betriebsrats	361
3. Auszahlung des Kurzarbeitergeldes in der Regel durch den Arbeitgeber	361
4. Unmittelbare Auszahlung eines Teils des Kurzarbeitergeldes an unterhaltsberechtigten Familienangehörige?	361
B. Schlechtwettergeld	362
I. Anspruchsvoraussetzungen	362
II. Leistungsdauer	362
III. Höhe des Schlechtwettergeldes	363

IV. Verfahren der Leistungsgewährung; unmittelbare Auszahlung von Leistungen an unterhaltsberechtigte Familienangehörige? ..	363
C. Arbeitslosengeld	363
I. Anspruchsvoraussetzungen	363
1. Arbeitslosigkeit	363
2. Verfügbarkeit	363
a) Zum Begriff der Verfügbarkeit	363
b) Zur Frage der Verfügbarkeit bei kurzfristiger Abwesenheit (Reise in die Heimat)	364
c) Zur Frage der Verfügbarkeit bei abgelaufener oder fehlender Arbeitserlaubnis	364
3. Erfüllung der Anwartschaftszeit	366
II. Leistungsdauer	366
III. Höhe des Arbeitslosengeldes	366
IV. Verfahren der Leistungsgewährung	367
1. Arbeitslosmeldung und Antragstellung	367
2. Auszahlung des Arbeitslosengeldes	367
3. Unmittelbare Auszahlung des Arbeitslosengeldes an unterhaltsberechtigte Familienangehörige	367
V. Anrechnung von Einkommen, Ruhen, Verwirkung und Erlöschen des Anspruchs, Verhängung von Sperzeiten, Versagung des Arbeitslosengeldes	368
D. Arbeitslosenhilfe	368
I. Anspruchsvoraussetzungen	368
II. Leistungsdauer	369
III. Höhe der Arbeitslosenhilfe	369
IV. Verfahren der Leistungsgewährung; unmittelbare Auszahlung von Leistungen an unterhaltsberechtigte Familienangehörige	369
E. Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung der Empfänger von Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld oder Übergangsgeld	369
I. Krankenversicherung	369
1. Krankenversicherung der Empfänger von Kurzarbeitergeld und Schlechtwettergeld	369
2. Krankenversicherung der Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld oder Übergangsgeld	370
II. Unfallversicherung	370
III. Rentenversicherung	371
§ 63 Leistungen, die nach dem Arbeitsförderungsgesetz oder gemäß den Anordnungen des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit überhaupt nicht oder unter erschwerten Voraussetzungen an griechische Staatsangehörige gewährt werden	371
A. Leistungen, die nach dem Arbeitsförderungsgesetz überhaupt nicht oder unter erschwerten Voraussetzungen an Ausländer gewährt werden	
Einzige Leistungsgruppe: Berufsausbildungsbeihilfen zur beruflichen Ausbildung und zur Teilnahme an berufsvorbereitenden Maßnahmen	371

I. Die Regelung in § 40 AFG	371
II. Kritik	372
B. Leistungen, die gemäß den Anordnungen des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit unter erschwerten Voraussetzungen an Ausländer gewährt werden	374
I. Leistungen an Arbeitsuchende zur Förderung der Arbeitsaufnahme	374
1. Die einschlägige Regelung	374
2. Kritik	374
II. Gewährung von Unterhaltsgeld und Erstattung von Sachkosten bei Teilnahme an beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen	376
1. Die einschlägigen Regelungen	376
2. Kritik	377
III. Berufsfördernde Leistungen zur Rehabilitation	378
1. Die einschlägigen Regelungen	378
2. Kritik	380
C. Mögliche Abhilfe	380
Viertes Kapitel Die Rechtslage bei Rückkehr arbeitsloser griechischer Arbeitnehmer nach Griechenland	381
§ 64 Die Grundentscheidungen des deutsch-griechischen Abkommens über Arbeitslosenversicherung	381
A. Zuständigkeit des griechischen Versicherungsträgers (Anstalt zur Beschäftigung des Arbeitspotentials – OAED) für die Leistungsgewährung	381
B. Maßgeblichkeit des griechischen Rechts	382
C. Berücksichtigung der in der BRD zurückgelegten Versicherungszeiten	382
D. Berücksichtigung von leistungsmindernden oder -ausschließenden Tatbeständen, die sich während der Zugehörigkeit zur deutschen Arbeitslosenversicherung ergeben haben	383
E. Keine Leistungsminderung oder -versagung bei Heimkehr nach freiwilliger Aufgabe der Arbeit in der BRD	383
F. Teilweise (eingeschränkte) Erstattung der von dem griechischen Versicherungsträger gewährten Leistungen durch die Bundesanstalt für Arbeit	384
§ 65 Vorteile und Nachteile der durch das Abkommen geschaffenen Regelungen	384
A. Vorteile	384
B. Nachteile	385
I. Leistungsgewährung durch den griechischen Träger nicht als »aushelfenden« Träger nach deutschem Recht, sondern in ori-	

ginärer Zuständigkeit nach den zum Teil ungünstigeren griechischen Rechtsvorschriften	385
1. Schärfere Anspruchsvoraussetzungen des griechischen Rechts	385
a) Anwartschaftszeiten	385
b) Kein Anspruch bei wesentlichen Vorleistungen in den letzten vier Jahren	386
2. Sechstägige Karenzzeit für das Arbeitslosengeld	386
3. Verkürzte Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe	386
II. Berücksichtigung der deutschen Versicherungszeiten, nicht aber des in der BRD erzielten Arbeitseinkommens und der entsprechenden Beitragsleistungen	387
III. Undifferenzierte Übertragung leistungsmindernder oder -ausschließender Tatbestände	387
§ 66 Teilweise (eingeschränkte) Erstattung der von dem griechischen Träger gewährten Leistungen durch die Bundesanstalt für Arbeit	388
A. Die erstattungsfähigen Leistungen	389
I. Voraussetzungen in der Person des Leistungsempfängers	389
II. Keine Beschränkung der Erstattung auf bestimmte Leistungsarten (Ausnahme: Arbeitslosenhilfe)	390
1. Der Grundsatz: Einbeziehung aller Leistungen in das Erstattungsverfahren	390
2. Die Ausnahme: Keine Erstattungsfähigkeit der Leistungen an Arbeitslosenhilfe	390
3. Erstattung der Weihnachts- und Osterzuwendungen	391
III. Zeitliche Limitierung der Erstattungsfähigkeit der Leistungen	391
IV. Beschränkung der Erstattungsfähigkeit auf den ersten Versicherungsfall?	393
B. Die Erstattungsquote	394
C. Pauschalierung der Erstattungsleistungen	395
D. Ablösung des zwischenstaatlichen Erstattungsverfahrens durch Abfindungen oder Rückkehrhilfen der BRD an den Heimkehrer?	396
Fünfter Abschnitt Kindergeld in der Bundesrepublik Deutschland und Familienbeihilfen in Griechenland	398
Erstes Kapitel Kindergeld in der Bundesrepublik Deutschland	398
§ 67 Anspruchsberechtigung, Leistungen und Leistungsgewährung bei Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt des griechischen Arbeitnehmers und seiner Kinder in der Bundesrepublik Deutschland	398
A. Der Kreis der Anspruchsberechtigten	398
I. Anknüpfung an den Wohnsitz oder den gewöhnlichen Aufenthalt in der BRD	398
II. Entfallen der Anspruchsberechtigung auf Kindergeld beim Zusammentreffen mit gleichen oder ähnlichen Anspruchsberechtigungen	400

1. Kein Kindergeld neben Kinderzulagen aus der gesetzlichen Unfallversicherung und Kinderzuschüssen aus der gesetzlichen Rentenversicherung	400
2. Kein Kindergeld neben vergleichbaren Leistungen aus dem Auslande	400
B. Die zu berücksichtigenden Kinder – Probleme der Anspruchskonkurrenz	400
I. Der Kreis der zu berücksichtigenden Kinder	400
II. Probleme der Anspruchskonkurrenz	401
C. Höhe des Kindergeldes; Beginn, Ende und Verjährung des Anspruchs	402
I. Höhe des Kindergeldes	402
II. Beginn und Ende des Anspruchs, Verjährung	402
D. Verfahren der Leistungsgewährung	402
I. Gewährung des Kindergeldes nur auf Antrag	402
II. Auszahlung	403
1. Die Frage der Empfangsberechtigung	403
a) Der Regelfall	403
b) Auszahlung an die Person, die das Kind ganz oder überwiegend unterhält	403
2. Zahlungsmodalitäten	403
III. Übergangsregelung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst	404
§ 68 Die Rechtslage bei vorübergehendem Aufenthalt von Eltern und/oder Kindern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	404
A. Urlaub und ähnliche vorübergehende Aufenthalte außerhalb der BRD	404
B. Entsendung griechischer Arbeitnehmer durch den deutschen Arbeitgeber zur Arbeitsleistung nach Griechenland	405
§ 69 Anspruchsberechtigung und Leistungsgewährung beim Wohnen der Kinder in Griechenland	405
A. Die Stellungnahme des Bundeskindergeldgesetzes und des deutsch-griechischen Abkommens über Soziale Sicherheit zur Frage der Berücksichtigung von Kindern, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb der BRD haben	405
I. Die Vorschriften des Bundeskindergeldgesetzes	405
1. Der Grundsatz in § 2 Abs. 5 Satz 1 BKGG: Nichtberücksichtigung von Kindern, die im Ausland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben	405
2. Die Sonderregelung des § 2 Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 a BKGG für Personen mit insgesamt mehr als 15 Wohnsitz- oder Aufenthaltsjahren in der BRD	406
3. Möglichkeit zu Sonderregelungen insbesondere für ausländische Arbeitnehmer im Wege der Rechtsverordnung	406
II. Die einschlägigen Vorschriften des deutsch-griechischen Abkommens über Soziale Sicherheit	407
1. Berücksichtigung der in Griechenland lebenden Gastarbeiterkinder	407

2. Geringeres Kindergeld für die in Griechenland lebenden Kinder	410
3. Sachlich nicht zu rechtfertigende Einschränkung des Kreises der zu berücksichtigenden Kinder	412
4. Keine Schmälerung der Anspruchsdauer für die in Griechenland wohnenden Kinder	413
5. Verlängerung der Anspruchsdauer bei Verzögerung der Schul- oder Berufsausbildung infolge Wehrdienstes in Griechenland?	413
B. Verfahren der Leistungsgewährung	414
I. Antragstellung und Aufenthaltsnachweis für die in Griechenland wohnenden Kinder	414
II. Auszahlung	414
1. Der Regelfall: Auszahlung an den in der BRD sich aufhaltenden Berechtigten	414
2. Zahlung des Kindergeldes an die Personen in Griechenland, die tatsächlich für den Unterhalt der Kinder sorgen	414
§ 70 Die Rechtslage bei gewöhnlichem Aufenthalt der Kinder in einem dritten Staat	416
Zweites Kapitel Familienbeihilfen in Griechenland	417
§ 71 Anspruchsberechtigung, Leistungen und Leistungsgewährung bei Rückkehr des griechischen Arbeitnehmers nach Griechenland	417
A. Entfallen der Anspruchsberechtigung nach dem Bundeskindergeldgesetz	417
B. Möglicher Anspruch auf Familienbeihilfen nach griechischem Recht ..	417
I. Familienbeihilfen im Rahmen des versicherungsrechtlichen Systems (OAED)	417
1. Die Anspruchsvoraussetzungen nach dem Königlichen Dekret Nr. 220 vom 20./23. 12. 1959 über die Anwendung der Rechtsverordnung Nr. 3868 vom 25./29. 10. 1958 über die Gründung einer Umlagekasse für Familienbeihilfen an Arbeitnehmer bei der OAED	417
2. Berücksichtigung der in der BRD zurückgelegten Beschäftigungszeit gemäß Art. 39 AbkSozSich	418
3. Umfang der Leistungen	421
4. Verfahren der Leistungsgewährung	421
II. Familienbeihilfen als staatliche Sondersversorgung	421
Sechster Abschnitt Wohngeld in der Bundesrepublik Deutschland und Bereitstellung von verbilligten Eigentumswohnungen an Arbeitnehmer in Griechenland	422
Erste Kapitel Wohngeld in der Bundesrepublik Deutschland	422
§ 72 Anspruchsberechtigung, Leistungen und Leistungsgewährung	422
A. Der Kreis der Anspruchsberechtigten	422
I. Anknüpfung an den Tatbestand des Wohnens und der Benutzung von Wohnraum innerhalb der BRD	422

II. Begrenzung des Kreises der Anspruchsberechtigten durch Einkommensgrenzen	422
III. Leistungen	423
1. Die beiden Leistungsarten: Mietzuschuß und Lastenzuschuß	423
2. Höhe des Mietzuschusses	424
a) Bemessungskriterium Nr. 1: Die Mietaufwendungen des Berechtigten, begrenzt durch die Höchstbeträge des Wohngeldgesetzes	424
b) Bemessungskriterium Nr. 2: Das Einkommen und die Anzahl der Familienangehörigen	424
IV. Verfahren der Leistungsgewährung	424
1. Zuständige Behörde	424
2. Gewährung nur auf Antrag; grundsätzlich keine Rückwirkung des Antrages	424
3. Auszahlung	425
a) Empfangsberechtigter	425
b) Zahlungsweise	425
§ 73 Spezielle Wohngeldsachverhalte und -probleme der Gastarbeiter	425
A. Zum Begriff der Mietaufwendungen in § 5 WoGG	425
B. Berücksichtigung von Mehraufwendungen wegen doppelter Haushaltsführung (in der Bundesrepublik Deutschland und in Griechenland)	425
C. Berücksichtigung von Mehraufwendungen für auswärtige Unterbringung unterhaltsberechtigter Familienangehöriger und anderer nicht zum Haushalt rechnender Personen in Griechenland oder in einem anderen Land	426
Zweites Kapitel Bereitstellung von verbilligten Eigentumswohnungen an Arbeitnehmer durch die Griechische Anstalt für Arbeitnehmerwohnungen	427
§ 74 Möglichkeit der Anrechnung von Beschäftigungszeiten in der Bundesrepublik Deutschland oder Nachentrichtung von Beiträgen für diese Zeiten?	427
Siebenter Abschnitt Sozialhilfe	428
§ 75 Anspruchsberechtigung und Leistungsgewährung nach dem Bundessozialhilfegesetz	428
A. Eingeschränkter Leistungskatalog für Ausländer	428
I. Die Regelung in § 120 BSHG	428
II. Modifizierung des Leistungskatalogs durch das Europäische Fürsorgeabkommen vom 11. 12. 1953	429
B. Leistungsgewährung	430
I. Das Prinzip der Nachrangigkeit (Subsidiarität) der Sozialhilfeleistungen	430
II. Zuständigkeit	430
III. Leistungsgewährung von Amts wegen ohne förmlichen Antrag	431

§ 76 Spezielle Probleme bei der Gewährung von Sozialhilfe an griechische Staatsangehörige	431
A. Der Übergang von Ansprüchen des Hilfeempfängers gegen Dritte auf den Sozialhilfeträger	431
I. Die allgemeine Regelung im § 90 BSHG	431
II. Die spezielle Regelung in § 91 BSHG für den Übergang von Unterhaltsansprüchen des Hilfeempfängers	431
B. Ersatzansprüche des deutschen Sozialhilfeträgers gegen leistungspflichtige Träger in Griechenland gemäß Art. 52 Abs. 2 AbkSozSich und Art. 16 Abs. 2 AbkArbVers	432
§ 77 Möglicher Ersatzanspruch des griechischen Fürsorgeträgers gegen deutsche Sozialleistungsträger aus Art. 52 Abs. 2 AbkSozSich und Art. 16 Abs. 2 AbkArbVers	433
Achter Abschnitt Probleme des Rechtsschutzes	434
§ 78 Überblick über typische Sachverhalts- und Problemlagen	434
A. Typische Sachverhaltslagen	434
B. Typische Problemlagen	435
Erstes Kapitel Rechtsschutz gegenüber deutschen Sozialleistungsträgern und deutschen Arbeitgebern	436
§ 79 Sachverhalt 1: Der betroffene griechische Staatsangehörige hält sich in der Bundesrepublik Deutschland auf	436
A. Das anzuwendende materielle Recht	436
B. Das anzuwendende Verfahrensrecht	437
I. Grundsätzlich gilt deutsches Verfahrensrecht	437
II. Die verschiedenen Rechtswege	437
1. Der Rechtsweg zu den Sozialgerichten und zu den Verwaltungsgerichten	437
a) Der Rechtsweg zu den Sozialgerichten	437
b) Der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten	437
c) Notwendigkeit eines Vorverfahrens (Widerspruchsverfahrens)	438
2. Der Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten	438
III. Das Sprachenproblem	439
1. Im Vorverfahren (Widerspruchsverfahren) nach §§ 78 ff. SGG und §§ 68 ff. VerwGO	439
2. Im gerichtlichen Verfahren vor den Sozial-, Verwaltungs- und Arbeitsgerichten	439
3. Modifizierung der Vorschriften des Sozialgerichtsgesetzes durch die deutsch-griechischen Abkommen über Soziale Sicherheit und Arbeitslosenversicherung	440
a) Zur Verwaltungs- und Gerichtssprache: Eingaben und Schriftstücke in griechischer Sprache dürfen nicht zurückgewiesen werden	440
b) Legalisation von Urkunden nicht erforderlich	441

4. Keine Modifizierung der für das Verwaltungsverfahren in Wohngeld- und Sozialhilfeangelegenheiten und für das Ver- waltungsgerichtsverfahren sowie der für das Arbeitsge- richtsverfahren geltenden Vorschriften	441
5. Kritik und Verbesserungsvorschläge	441
IV. Das Problem sprachkundiger Rechtsberatung und Prozeßver- tretung	442
V. Zusammenfassung der Gerichtsverfahren in Angelegenheiten der Sozialen Sicherheit ausländischer Arbeitnehmer	444
VI. Möglichkeit einer Beiladung griechischer Sozialleistungsträger?	445
§ 80 Sachverhalt 2: Der betroffene griechische Staatsangehörige hält sich in Griechenland auf	445
A. Mögliche Fallgestaltungen	445
B. Das anzuwendende materielle Recht	446
C. Das anzuwendende Verfahrensrecht	446
I. Fortdauer der Zuständigkeit der deutschen Gerichtsbarkeit ..	446
1. In der Sozialgerichtsbarkeit	446
2. In der Verwaltungsgerichtsbarkeit	446
3. In der Arbeitsgerichtsbarkeit	446
II. Modifizierung der Vorschriften über das Sozialgerichtsverfah- ren durch die deutsch-griechischen Abkommen über Soziale Sicherheit und Arbeitslosenversicherung	446
1. Verfahren bei der Zustellung von Leistungs- und Wider- spruchsbescheiden	447
2. Erleichterung der Fristenwahrung	447
3. Veranlassung und Durchführung ärztlicher Untersuchungen in Griechenland	448
III. Kritik der derzeitigen Rechtslage und Verbesserungsvorschläge	
1. Das Problem der rechtskundigen Beratung und der Prozeß- vertretung	449
a) Das Problem der rechtskundigen Beratung und der Fri- stenwahrung	449
b) Das Problem der Prozeßvertretung	450
2. Das Problem einer Beiladung griechischer Sozialleistungs- träger	450
Zweites Kapitel Rechtsschutz gegenüber griechischen Sozialleistungsträgern	451
§ 81 Sachverhalt 1: Der Betroffene hält sich in der Bundesrepublik Deutsch- land auf	451
A. Mögliche Fallgestaltungen	451
B. Zuständigkeit der griechischen Spruchkörper	451
C. Modifizierung des griechischen Verfahrensrechts durch die deutsch- griechischen Abkommen über Soziale Sicherheit und Arbeitslosen- versicherung	452
I. Legalisation von Urkunden	452
II. Zustellung von Leistungs- und Widerspruchsbescheiden	452
III. Fristenwahrung	452

D. Kritik der derzeitigen Rechtslage und Verbesserungsvorschläge	452
I. Das Problem der rechtskundigen Beratung	452
II. Das Problem der Prozeßvertretung	452
§ 82 Sachverhalt 2: Der Betroffene hält sich in Griechenland auf	453
Dritter Teil Änderungs- und Verbesserungsvorschläge	454
Erstes Kapitel Vorschläge an die Regierungen der Vertragsstaaten – Lösung der Probleme auf dem Vertragsweg	455
§ 83 Änderung und Ergänzung der bestehenden deutsch-griechischen Verträge	455
A. Deutsch-griechisches Abkommen vom 25. 4. 1961 über Soziale Sicherheit	455
I. Allgemeiner Teil	455
1. Begriffsbestimmungen – Kreis der Familienangehörigen (Art. 1 Nr. 10 AbkSozSich)	455
2. Sachlicher Geltungsbereich des Abkommens (Art. 2 Abs. 1 AbkSozSich)	455
3. Gleichstellung der Staatsangehörigen (Art. 4 AbkSozSich)	456
4. Gleichstellung der Hoheitsgebiete in Bezug auf Leistungen (Art. 5 Abs. 1 AbkSozSich)	456
5. Gleichstellung der Staatsangehörigen in Bezug auf Leistungen beim Aufenthalt in einem dritten Staat (Art. 5 Abs. 2 AbkSozSich)	456
II. Krankenversicherung	456
1. Krankenversicherungsschutz während der Anreise nach der BRD bzw. während der Rückreise nach Griechenland und nach dem Eintreffen in einem der beiden Staaten (Art. 12 Abs. 2 neuer Abs. 3 AbkSozSich)	456
2. Anspruchsberechtigung bei Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts nach Eintritt des Versicherungsfalles (Art. 13 Abs. 1 und 2 AbkSozSich)	457
3. Übernahme der Reisekosten bei Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts nach Griechenland nach Eintritt des Versicherungsfalles in der BRD (Art. 13 neuer Abs. 2 AbkSozSich)	457
4. Anspruchsberechtigung beim Aufenthalt im anderen Staat (Art. 14 Abs. 1 und 2 AbkSozSich)	457
5. Krankenversicherung der Rentner (Art. 15 Abs. 4 AbkSozSich)	458
6. Leistungen beim Aufenthalt im anderen Staat (Art. 16 neuer Abs. 4 AbkSozSich)	458
7. Pauschale Erstattung der Auslagen an die IKA (Art. 17 Abs. 2 AbkSozSich)	458
8. Überführungskosten beim Tode eines griechischen Anspruchsberechtigten in der BRD (Art. 19, neuer Abs. 5 AbkSozSich)	458
III. Unfallversicherung	459
1. Unfallversicherungsschutz während der Rückreise nach Griechenland (neuer Art. 20a AbkSozSich)	459
2. Zuschüsse für Berufshilfe in Griechenland (Art. 21 neuer Abs. 4 AbkSozSich)	459

3. Auszahlung von Geldleistungen im anderen Vertragsstaat (Art. 22 AbkSozSich)	459
4. Erstattung der Auslagen (Art. 23 Abs. 1 AbkSozSich)	460
5. Teilung der Lasten bei Gewährung von Leistungen infolge einer Berufskrankheit, die durch gesundheitsgefährdende Tätigkeiten in beiden Vertragsstaaten verursacht worden ist (Art. 25 Abs. 1 AbkSozSich)	460
6. Kapitalabfindung von Renten (Art. 27 Abs. 2 und neuer Abs. 3 AbkSozSich)	460
a) Kapitalabfindung von Renten bei gewöhnlichem Aufenthalt im anderen Vertragsstaat (Art. 27 Abs. 2 AbkSozSich)	460
b) Kapitalabfindung von Renten zum Erwerb von Grundbesitz (Art. 27 neuer Abs. 3 AbkSozSich)	461
IV. Rentenversicherung	461
1. Für die Feststellung des Rentenanspruchs anzuwendende Rechtsvorschriften (Art. 28 Abs. 2 AbkSozSich)	461
2. Gewährung einer bzw. zwei voller Renten, wenn der Versicherte die Voraussetzungen für den Rentenanspruch ohne Zusammenrechnung der beiderseitigen Versicherungszeiten erfüllt (Art. 29 AbkSozSich)	461
3. Berücksichtigung von Beitragszeiten in der deutschen Knappschaftlichen Rentenversicherung durch den griechischen Träger (Art. 30 neuer Abs. 3 AbkSozSich)	462
4. Berücksichtigung der Versicherungszeiten, die bei den Versicherungsträgern für Selbständige und bei der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung zurückgelegt worden sind sowie der Zeiten des Militärdienstes im anderen Vertragsstaat (Art. 32 AbkSozSich.)	462
5. Abfindungen an Bezieher von Witwen-, Witwer- und Geschiedenenrenten im Falle der Wiederverheiratung (Art. 34 neuer Abs. 2 AbkSozSich)	462
6. Medizinische, berufsfördernde und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation (neuer Art. 34a AbkSozSich)	463
7. Freiwillige Weiterversicherung (Art. 35 AbkSozSich)	463
8. Beiträge zur Höherversicherung (neuer Art. 37a AbkSozSich)	464
V. Familienbeihilfen	464
1. Erhöhung der Kindergeldsätze für die in Griechenland lebenden Kinder der griechischen Arbeitnehmer (Art. 38 Abs. 2 AbkSozSich)	464
2. Erweiterung des Kreises der zu berücksichtigenden Kinder (Art. 38 Abs. 3 AbkSozSich)	464
3. Verlängerung der Anspruchsdauer bei Verzögerung der Schul- oder Berufsausbildung infolge Wehrdienstes im anderen Vertragsstaat (Art. 38 neuer Abs. 4 AbkSozSich)	464
VI. Verschiedene Bestimmungen	465
1. Arbeitsentgelt (Art. 40 neuer Abs. 2 AbkSozSich)	465
2. Verlängerung der Anspruchsdauer auf Geldleistungen bei Verzögerung der Schul- oder Berufsausbildung infolge Wehr-	

dienstes im anderen Vertragsstaat (Art. 42 neuer Abs. 2 AbkSozSich)	465
3. Auszahlung des Kinder-Anteils der Geldleistungen an die Personen in Griechenland, die tatsächlich für den Unterhalt der Kinder sorgen (Art. 42 neuer Abs. 3 AbkSozSich)	465
4. Prozeßstandschaft der diplomatischen, berufskonsularischen und Arbeitsbehörden (Art. 45 neuer Abs. 4 AbkSozSich) ..	465
5. Bestellung eines Verfahrens- bzw. Prozeßvertreters und Bewilligung des Armenrechtes beim Aufenthalt des Arbeitnehmers im anderen Staat (Art. 45 neuer Abs. 5 AbkSozSich)	466
6. Gerichtssprache (Art. 47 Abs. 1 AbkSozSich)	466
7. Erfüllung der Anzeigen- und Nachweispflichten gemäß § 3 Abs. 1 LohnfortzG bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit in Griechenland (Art. 48 Abs. 1 AbkSozSich)	466
8. Verlängerung der Fristen bei Einreichung von Anträgen, Erklärungen und Rechtsbehelfen im anderen Vertragsstaat (Art. 48 Abs. 1 AbkSozSich)	466
9. Amts- und Rechtshilfe in Angelegenheiten des Wohngeldes, der Fürsorge (Sozialhilfe) und der arbeitsrechtlich geregelten Einkommenssicherung bei Krankheit und Mutterschaft (neuer Art. 49a AbkSozSich)	467
VII. Schlußprotokoll: Leistungsgewährung außerhalb der Versicherungsbezirke in Griechenland	467
B. Deutsch-griechische Zusatzvereinbarung vom 28. 3. 1962 zur Durchführung und Ergänzung des deutsch-griechischen Abkommens vom 25. 4. 1961 über Soziale Sicherheit	467
I. Ausstellung von Leistungsbescheinigungen für die anreisenden griechischen Arbeitnehmer (Art. 9 neuer Abs. 2 ZusVereinb)	467
II. Leistungsgewährung an die in Griechenland lebenden Familienangehörigen (Art. 11 Abs. 3 ZusVereinb)	468
III. Nachweis der Anspruchsberechtigung für die Beschäftigten von Verkehrsunternehmen etc. (Art. 11 Abs. 4 ZusVereinb)	468
IV. Leistungen von erheblicher Bedeutung an Personen, die sich gewöhnlich in Griechenland aufhalten (Art. 12 neuer Abs. 3 ZusVereinb)	468
V. Anzeige der Arbeitsunfähigkeit und Bescheinigung gemäß § 3 Abs. 1 LohnfortzG (Art. 13 neuer Abs. 5 ZusVereinb)	469
C. Deutsch-griechisches Abkommen vom 31. 5. 1961 über Arbeitslosenversicherung	469
I. Allgemeiner Teil	469
1. Kreis der Familienangehörigen (Art. 1 Nr. 7 AbkArblVers)	469
2. Sachlicher Geltungsbereich des Abkommens (Art. 2 Abs. 1 Nr. 1 AbkArblVers)	469
II. Leistungsrecht	469
1. Feststellung des Anspruchs (neuer Art. 8a AbkArblVers) ..	469
2. Anspruchsdauer (Art. 10 Abs. 1 AbkArblVers)	470
3. Berücksichtigung von leistungsmindernden Tatbeständen im anderen Vertragsstaat (Art. 10 Abs. 2 AbkArblVers)	470
4. Aufhebung der Einschränkung der Erstattungsfähigkeit der	

Leistungen (Art. 11 AbkArblVers)	470
a) Voraussetzungen in der Person des Leistungsempfängers (Art. 11 Abs. 1 Satz 1 AbkArblVers)	470
b) Keine prozentuale Erstattung der Leistungen (Art. 11 Abs. 1 Buchstabe a) AbkArblVers)	471
c) Keine zeitliche Limitierung der Erstattungsfähigkeit der Leistungen (Art. 11 Abs. 1 Buchstabe b) AbkArblVers) ..	471
d) Keine Beschränkung der Erstattungsfähigkeit der Leistun- gen auf den ersten Versicherungsfall (Art. 11 Abs. 1 Buchstabe b) AbkArblVers)	471
5. Teilung der Lasten zwischen den beiderseitigen Trägern nach der pro-rata-temporis-Regel (Art. 11 Abs. 1 Buchstabe c) AbkArblVers)	471
6. Alternativvorschlag: Pauschalierung der Erstattungsleistun- gen Art. 11 AbkArblVers)	471
III. Verfahrensbestimmungen	472
1. Prozeßstandschaft der diplomatischen, berufskonsularischen und Arbeitsbehörden (Art. 15 neuer Abs. 3 AbkArblVers) ..	472
2. Bestellung eines Verfahrens- bzw. Prozeßvertreters und Be- willigung des Armenrechtes beim Aufenthalt des Arbeitneh- mers im anderen Staat (Art. 15 neuer Abs. 4 AbkArblVers) ..	472
3. Gerichtssprache (Art. 20 Abs. 1 AbkArblVers)	472
4. Verlängerung der Fristen bei Einreichung von Rechtsbehel- fen und Rechtsmitteln im anderen Vertragsstaat (Art. 21 Abs. 1 AbkArblVers)	472
D. Deutsch-griechische Vereinbarung vom 30. 3. 1960 über die Anwer- bung und Vermittlung von griechischen Arbeitnehmern nach der BRD	473
I. Übernahme der Rückreisekosten durch den Arbeitgeber (Art. 13 Abs. 3 der Vereinbarung)	473
II. Unterrichtung der griechischen Arbeitnehmer über ihren Schutz im Falle einer Erkrankung oder eines Unfalls während der Anreise – Aushändigung von Anspruchsbescheinigungen (Art. 14 Abs. 1 der Vereinbarung)	473
§ 84 Abschluß neuer Staatsverträge	473
A. Deutsch-griechischer Vertrag über die Eheschließung zwischen grie- chischen Staatsangehörigen orthodoxen Dogmas in der BRD	473
B. Multilaterales Sozialversicherungsabkommen zwischen der BRD, den Herkunftsändern der ausländischen Arbeitnehmer und den Durch- reiselländern	474
Zweites Kapitel Vorschläge an die innerstaatlichen Gesetzgeber der Ver- tragsstaaten	475
§ 85 Vorschläge an den deutschen Gesetzgeber	475
A. Ergänzung der Reichsversicherungsordnung: Unfallversicherungs- schutz während der Rückreise (§ 539 Abs. 1)	475
B. Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes: Berufliche Ausbildung für alle ausländischen Staatsangehörigen (§ 40 Abs. 2)	475

C. Ergänzung des Wohngeldgesetzes: Freibeträge für Gastarbeiter (§ 16 Abs. 1)	475
D. Ergänzung des Ehegesetzes: Eheschließung von griechischen Staatsangehörigen orthodoxen Dogmas in der BRD (§ 15a)	475
E. Ergänzung des Sozialgerichtsgesetzes: Möglichkeit der Konzentrierung von Gastarbeiter-Verfahren auf bestimmte Sozialgerichte (§ 58)	476
F. Ergänzung der Bundesrechtsanwaltsordnung: Zulassung einer angemessenen Anzahl von ausländischen Rechtsanwälten in der BRD zur Beratung und Prozeßvertretung ihrer Landsleute (§ 4)	476
§ 86 Vorschläge an den griechischen Gesetzgeber	476
A. Zahlung des Krankengeldes an die im Auslande sich aufhaltenden griechischen Versicherten mit dem Beginn der Arbeitsunfähigkeit ..	476
B. Entrichtung von freiwilligen Beiträgen an die Anstalt für Arbeitnehmerwohnungen auch bei Beschäftigung der griechischen Arbeitnehmer in der BRD	477
Drittes Kapitel Vorschläge an die Verbindungsstellen, die Versicherungsträger der Vertragsstaaten, die Deutsche und die Griechische Kommission und die deutschen Gewerkschaften	478
§ 87 Vorschläge an die Verbindungsstellen	478
A. Systematische Aufklärung der ausländischen Arbeitnehmer über ihre Rechte auf dem Gebiet der Sozialversicherung und die bestehenden Schutzmöglichkeiten	478
B. Vereinfachung und Ergänzung des Anspruchsnachweis-Systems – Einführung eines Sozialversicherungspasses	478
C. Erweiterung der pauschalen Erstattung der Auslagen an den aus helfenden Träger	479
D. Aufstellung von gemeinsamen Kriterien für die Minderung der Erwerbsfähigkeit	479
§ 88 Anregungen an die deutschen und griechischen Versicherungsträger zur Bereinigung zweifelhafter Interpretations- und Anwendungsfälle der zwischenstaatlichen Abkommen	480
A. Anregungen an die deutschen Versicherungsträger	480
I. Krankenversicherung	480
1. Beginn der Krankenversicherung mit dem Antritt der Reise nach der BRD	480
2. Erfassung der Familienangehörigen	480
3. Gewährung des Pauschbetrages nach § 198 RVO auch bei Niederkunft in Griechenland	480
4. Übernahme der Reisekosten bei Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts nach Griechenland nach Eintritt des Versicherungsfalles in der BRD	480
5. Nachwirkender Schutz der deutschen Krankenversicherung für heimkehrende griechische Arbeitnehmer	481
6. Aufklärung über die Möglichkeit einer freiwilligen Weiterversicherung	481

II. Unfallversicherung	481
1. Intensivierung der Maßnahmen zur Einschränkung der Arbeitsunfälle der ausländischen Arbeitnehmer	481
2. Gewährung von Zuschüssen für Maßnahmen der Berufshilfe in Griechenland	481
3. Übernahme der Reisekosten bei Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts nach Griechenland nach Eintritt des Versicherungsfalles in der BRD	482
4. Unfallversicherungsschutz bei Familienheimfahrten in Griechenland	482
III. Rentenversicherung	482
1. Beginn der Rentenversicherung mit dem Antritt der Reise nach der BRD	482
2. Medizinische, berufsfördernde und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation sowie zusätzliche Leistungen auch beim Aufenthalt in Griechenland	482
3. Berücksichtigung von Versicherungszeiten aus einer selbständigen Tätigkeit	482
IV. Arbeitsförderung	483
1. Übernahme der Überführungskosten beim Tod eines griechischen Arbeitnehmers in der BRD	483
2. Unmittelbare Auszahlung eines Teils des Kurzarbeiter- und Schichtwettergeldes an unterhaltsberechtigte Familienangehörige	483
3. Die griechischen Staatsangehörigen sollten bei der individuellen Förderung der Arbeitsaufnahme wie die Deutschen behandelt werden	483
4. Die griechischen Staatsangehörigen sollten bei der individuellen Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung wie die Deutschen behandelt werden	483
5. Berücksichtigung von griechischen beruflichen Tätigkeiten während der dreijährigen Rahmenfrist gemäß § 8 der Anordnung des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit über die individuelle Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung	484
6. Individuelle Förderung der beruflichen Ausbildung auch für griechische Staatsangehörige	484
7. Die griechischen Staatsangehörigen sollten bei der individuellen Förderung der beruflichen Rehabilitation wie die Deutschen behandelt werden	484
8. Einbeziehung aller von dem griechischen Träger an arbeitslose Heimkehrer gewährten Leistungen in das Erstattungsverfahren	484
9. Die Erstattungsfähigkeit der vom griechischen Träger an arbeitslose Heimkehrer gewährten Leistungen dürfte sich nicht nur auf den ersten Versicherungsfall beschränken	484
B. Anregungen an die griechischen Versicherungsträger	485
I. Krankenversicherung	485
1. Gewährung von Leistungen an Personen, die nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses in Griechenland sich nach der BRD begeben bzw. sich in der BRD aufhalten ..	485

2. Krankenversicherung der heimkehrenden Arbeitslosen	485
II. Rentenversicherung: Berücksichtigung der in der BRD zurückgelegten Versicherungszeiten durch die TEBE	485
III. Familienbeihilfen	485
C. Schiedsgerichtliche Klärung	486
§ 89 Anregungen an die Deutsche Kommission in Griechenland und an die Griechische Kommission in der Bundesrepublik Deutschland	486
A. Anregungen an die Deutsche Kommission in Griechenland: Aufklärung vor der Abreise der angeworbenen griechischen Arbeitnehmer über ihre Rechte aus der Sozialversicherung und über den möglichen Rechtsschutz	486
B. Anregungen an die Griechische Kommission in der BRD: Einsetzen von rechtskundigen Beratern und prozeßführende Tätigkeit	486
§ 90 Anregungen an die deutschen Gewerkschaften: Weiterer Ausbau der Rechtsberatung und der Prozeßvertretung für ausländische Arbeitnehmer	487
Dokumentationsanhang: Deutsch-griechische Verträge	488
A. Deutsch-griechische Verträge über Soziale Sicherheit	488
I. Abkommen vom 25. April 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Soziale Sicherheit in der Fassung des Abkommens vom 20. September 1974	488
II. Zusatzvereinbarung vom 28. März 1962 zur Durchführung und Ergänzung des Abkommens vom 25. April 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Soziale Sicherheit in der Fassung des Abkommens vom 20. September 1974 . .	515
III. Abkommen vom 21. März 1967 zur Änderung und Ergänzung des Abkommens vom 25. April 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Soziale Sicherheit und zur Ergänzung der Zusatzvereinbarung vom 28. März 1962 zu dem Abkommen über Soziale Sicherheit	531
IV. Zweites Abkommen vom 20. September 1974 zur Änderung des Abkommens vom 25. April 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Soziale Sicherheit und der Zusatzvereinbarung vom 28. März 1962 zu dem Abkommen über Soziale Sicherheit	533
B. Deutsch-griechische Verträge über Arbeitslosenversicherung	535
I. Abkommen vom 31. Mai 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Arbeitslosenversicherung	535
II. Verwaltungsvereinbarung vom 19. Oktober 1962 zum Abkommen vom 31. Mai 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Arbeitslosenversicherung sowie zum dazugehörigen Schlußprotokoll	546
III. Zweite Verwaltungsvereinbarung vom 23. Oktober 1972 zum Abkommen vom 31. Mai 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Arbeitslosenversicherung	549
Literatur	553
Sachregister	566